



Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2025

Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission
vom 3. Juni 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

1. Ausgangslage

Gemäss § 19 Abs. 2 und 4 GO KR (Geschäftsordnung des Kantonsrats vom 28. August 2014 BGS 141.1) prüft die erweiterte Justizprüfungskommission (erw. JPK) den Rechenschaftsbericht des Obergerichts und hat alle der Aufsicht des Obergerichts unterstellten kantonalen Behörden sowie den Strafvollzug im Rahmen der Oberaufsicht zu visitieren. Dabei ist der erw. JPK überlassen, in welcher Kadenz sie diese Visitationen vornimmt.

In diesem Jahr fiel die Wahl auf:

- Staatsanwaltschaft inkl. Jugendanwaltschaft (Ziff. 4)
- Strafgericht (Ziff. 5)
- Kantonsgericht (Ziff. 6)
- Friedensrichterämter Oberägeri, Neuheim und Menzingen (Ziff. 7)
- Konkursamt (Ziff. 8)
- Betreibungsämter Menzingen/Neuheim und Ägerital (Ziff. 9)
- Obergericht (Ziff. 10)

Obwohl die Tätigkeit des Amtes für Justizvollzug nicht Gegenstand des Rechenschaftsberichts des Obergerichts ist, erlaubt sich die erw. JPK unter Ziff. 11 wiederum einige Bemerkungen dazu, da der Strafvollzug gemäss § 19 Abs. 2 GO KR nach wie vor unter ihre Visitationspflicht fällt.

2. Vorgehen

Die Visitationen fanden im Zeitraum vom 13. Mai 2026 bis 3. Juni 2026 statt. Vor den Visitationen wurde den genannten Behörden jeweils ein schriftlicher Fragenkatalog zur Vorbereitung zu- gestellt. Die Mitglieder der jeweiligen Delegation hatten vor Ort die Möglichkeit, zu den bereits erhaltenen Antworten ergänzende Fragen zu stellen. Dabei überprüfte die erw. JPK auch in diesem Jahr jeweils die Anzahl der eingegangenen, erledigten und noch pendenten Fälle per Ende Berichtsperiode und stellte Fragen zu Verfahrensdauer und allfälligen Bearbeitungslücken. Weiter erkundigte sich die erw. JPK nach der Arbeitsbelastung, Personalsituation und dem Arbeitsklima unter den Mitarbeitenden. In diesem Jahr waren schwerpunktmässig die Arbeitsbelastungen, Personalressourcen und damit im Zusammenhang stehende Lösungsmöglichkeiten am Straf-, Kantonsgericht sowie der Staatsanwaltschaft Thema. Diese Situation wurde dann auch im Rahmen der Visitation mit dem Obergericht thematisiert.

An ihrer Sitzung vom 3. Juni 2026 hat die erw. JPK den Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2025 beraten und anschliessend genehmigt. Das Protokoll führte die Generalsekretärin der JPK, Bianca Bulgheroni.

3. Grundsätzliche Feststellungen

Die Zivil- und Strafrechtsjustizbehörden im Kanton Zug funktionieren gut und sind den aktuellen Herausforderungen in der Rechtspflege gewachsen. Es sind keine nennenswerten Konflikte bekannt. Der grösste Teil der Verfahren wird - trotz der teilweise sehr hohen Arbeitsbelastung - innert angemessener Frist bearbeitet, wenn auch in einzelnen Fällen Bearbeitungslücken vorliegen und vereinzelt aufgrund von Verfahrensverzögerungen beispielsweise Strafen gemildert werden mussten. Die Pendsenzensituation ist vor allem bei den erstinstanzlichen Gerichten (Kantons- und Strafergericht) und der Staatsanwaltschaft ansteigend. Auch beim Konkursamt ist trotz Aufstockung der personellen Ressourcen keine Trendumkehr im Pendenzenabbau zu erwarten, zumal die Anzahl Falleingänge beim Konkursamt aufgrund einer Gesetzesänderung per 1. Januar 2025 signifikant in die Höhe ging. Die Pendsenzensituation beim Obergericht ist - trotz der immer umfangreicher und komplexer werdenden Fälle - in einem bewältigbaren Bereich. Das Obergericht begleitet die Personalsituation bei den erstinstanzlichen Gerichten und der Staatsanwaltschaft eng, wobei im August 2026 eine gesamtheitliche Strategiesitzung für eine langfristige Personalplanung angesetzt ist. Das Arbeitsklima unter den Mitarbeitenden der visitierten Stellen wird durchgehend als gut bis sehr gut bezeichnet. Nachfolgend berichtet die erw. JPK über die wesentlichen Feststellungen bei den einzelnen Behörden.

4. Staatsanwaltschaft (inkl. Jugendanwaltschaft)

Die Anzahl der bei der Staatsanwaltschaft eröffneten Verfahren liegt mit 11'163 wieder höher als im vorangegangenen Jahr (10'185; + 9,6 %). Prozentual am deutlichsten stiegen die Falleingänge in der II. Abteilung an (+70.8 %; 216 mehr Eingänge bei total 521 Eingängen). In der III. Abteilung stieg die Falllast um +7.9 % (543 Verfahren mehr bei total 7441 Falleingängen) und in der IV. Abteilung gab es eine Zunahme von +24.4 % (154 Verfahren mehr bei total 785 Falleingängen). Gesamthaft ist wieder ein etwas höheres Niveau als in den Vorjahren, rechnerisch in etwa vergleichbar mit den Jahren 2016-2018, festzustellen. Im Vergleich zu damals befinden sich darunter allerdings mehr Fälle mit aufwändiger und komplexer Struktur, welche nicht mehr zum Massengeschäft zählen.

Die Erledigungszahlen erhöhten sich in der IV. und vor allem der II. Abteilung deutlich. Die tiefere Anzahl erledigter Verfahren in der I. Abteilung lässt sich u.a. mit verschiedenen personellen Wechsels erklären. Die Pendsnzenzahl stieg leicht per Jahresende auf 2'296 Verfahren an, was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme um 2,5 % entspricht. Weiterhin ist zu hoffen, dass die ab dem Jahr 2025 der Staatsanwaltschaft zugesprochenen 3,1 Personaleinheiten mittelfristig ihre Wirkung entfalten werden und mithelfen, die Pendsnzen wieder etwas zu senken.

Die Staatsanwaltschaft konnte gemäss ihren Angaben alle offenen Stellen erfolgreich besetzen. Bei den Staatsanwaltschaftsstellen stosse die Ausschreibung grundsätzlich auf eine Vielzahl von qualifizierten Bewerbern. Es wurde jedoch betont, dass es im Bereich der Wirtschaftsdelikte schwerer sei entsprechendes Fachpersonal zu finden als in den übrigen Abteilungen. Bei Ausschreibungen von Sachbearbeitenden-Stellen seien viele Bewerbungen eingegangen (über 100), wobei klassische kaufmännische Laufbahnen seltener und die Einschätzung der tatsächlichen Qualifikationen anspruchsvoller werde. Als wirksame Massnahme im Rahmen der Rekrutierung in diesem Bereich hätten sich klärende Onlineinterviews und Schnupperhalbtage etabliert.

Aufgrund der ungebrochen hohen Arbeitsbelastung bei der Staatsanwaltschaft gelte es die Pendsnzen und die Bearbeitungsdauer der Verfahren in vertretbarem Rahmen zu halten. Hierfür würden die

Amts- und Abteilungsleitungen die Fallzahlen konstant überwachen und die erforderliche Ressourcenanträge frühzeitig stellen. Das Monitoring der Pendenzen soll hierbei vor allem für die fallführenden Staatsanwälte eine Hilfestellung bieten. Ein Fall, welcher eine Bearbeitungslücke von mehr als sechs Monaten aufzeige, falle beispielsweise in die Liste für das Pendenzenmonitoring.

Das Arbeitsklima werde als gut und kollegial wahrgenommen und sei von gegenseitiger Wertschätzung geprägt. In den meisten Abteilungen werde eine kollegiale Pausenkultur gepflegt. Die hohe Belastung in allen Abteilungen, insbesondere in der I. und II. Abteilung wirke sich jedoch dämpfend aus und bedürfe eines besonderen Augenmerks sowohl der Abteilungs- als auch der Amtsleitung. Die Einforderung von über das Alltagsgeschäft hinausgehenden Ressourcen für die Einbindung in Projekte erzeuge hierbei regelmässig Stress bei den Betroffenen.

Im Berichtsjahr wurde – wie in den Vorjahren – mit 59 % deutlich mehr als die Hälfte der Verfahren mittels eines Strafbefehls erledigt. Fast gleich wie im Vorjahr wurde nur ein kleiner Teil der Strafbefehle definitiv angefochten (3,2 %; Vorjahr 2024: 3,3 %). Daneben erhob die Staatsanwaltschaft in 107 Fällen (Vorjahr 2024: 100 Fälle) Anklage beim Strafgericht. Auch die Zahl der Erledigungsvorschläge im abgekürzten Verfahren stieg von 15 Fällen im Vorjahr auf 17 Fälle im Berichtsjahr an. Somit wurden gesamthaft 124 Fälle – und somit deutlich mehr als in den Vorjahren – an das Strafgericht zur materiellen Beurteilung überwiesen.

Mit Bezug auf anhängige Verfahren mit Bearbeitungslücken (gemeint sind damit ein vollständiger Stillstand der Untersuchung von über sechs Monaten) hat sich die Situation bei der Staatsanwaltschaft etwas verschlechtert. Deren Anzahl stieg von 18 auf 50 (46 in der I. und 4 in der II. Abteilung) an, wobei nur in zwei Verfahren eine Lücke von über einem Jahr zu verzeichnen war. Der Hauptgrund ist darin zu sehen, dass in der I. Abteilung innerhalb von acht Monaten fünf Stellen neu zu besetzen waren und es dadurch zu unzähligen Handwechseln kam. Im Auge zu behalten sind weiterhin die Fälle, welche seit mehr als vier Jahren anhängig sind; sie stiegen von 21 auf 28 an. Diese Zahl ist jedoch zu relativieren, da es gesamthaft nur um 14 effektive Fallkomplexe geht und diese letztlich nur gerade 1,22 % der per Ende Jahr pendenten Verfahren ausmachen. Mit zwei Ausnahmen werden diese Fälle in der II. Abteilung geführt und weisen komplexe Fallstrukturen auf.

Das Strafgericht meldete der Staatsanwaltschaft bei den 2025 bearbeiteten Fällen in acht Fällen eine meist geringfügige Reduktion des Strafmasses aufgrund einer mindestens teilweise im Bereich der Staatsanwaltschaft liegenden Verletzung des Beschleunigungsverbots. Wie in anderen Jahren zeigen sich neben Priorisierungen Faktoren wie Handwechsel, Entsiegelungsverfahren sowie Rechtshilfeverfahren als Treiber für eine Verletzung des Beschleunigungsgebots. Die Staatsanwaltschaft legte im Rahmen der Visitation eine konkrete Liste vor, wobei bei allen acht Fällen konkret begründet wurde, was der Grund für die Verletzung des Beschleunigungsgebotes darstellte.

Die bereits in den Vorjahren erwähnte Digitalisierung stellt eine der grössten Herausforderungen für die Zukunft der Staatsanwaltschaft dar. Mit Justitia 4.0 steht eine schrittweise Umstellung der Geschäftsabläufe an. Die Staatsanwaltschaft, namentlich die II. Abteilung, übernimmt im Rahmen der Pilotierung der Justizakten-Applikation und der justitia.swiss-Plattform – der zukünftigen Instrumente der Schweizer Rechtspflege – eine Vorreiterrolle mit Pioniercharakter, was wertvolle Erkenntnisse liefert, jedoch auch erhebliche personelle und organisatorische Ressourcen bindet.

Als weitere Herausforderungen der Zukunft erwähnte die Staatsanwaltschaft im Rahmen der Visitation die künstliche Intelligenz. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass die künstliche Intelligenz die Arbeitswelt grundlegend verändern wird. Den richtigen Umgang und Einsatz für dieses

mächtiges Werkzeug zu finden, dürfte für die Staatsanwaltschaft eine der grossen Herausforderungen der kommenden Jahre sein. Bereits jetzt stellte die Staatsanwaltschaft fest, dass KI zunehmend sowohl zur Begehung von Straftaten als auch als Hilfsmittel zur Anzeigeerstattung eingesetzt wird.

Bei der Jugendanwaltschaft (IV. Abteilung) nahm die Anzahl neuer Falleingänge (2025: 785; 2024: 631; 2023: 721) um 154 Fälle zu. Insgesamt konnte der Grossteil der Fälle (2025: 243; 2024: 220; 2023: 322) mittels Strafbefehl erledigt werden. In sechs Fällen gab es eine Anklage beim Jugendgericht und 113 Fälle konnten formell eingestellt werden. Insgesamt konnten im Berichtsjahr 760 Fälle (Vorjahr 2024: 634) erledigt werden. Im Rahmen ihres zusätzlichen Auftrags schloss die IV. Abteilung der Staatsanwaltschaft den Vollzug von 20 Schutzmassnahmen (Vorjahr: 29) ab. Zudem konnte die Überwachung des Vollzugs von 162 Strafen (Vorjahr: 159) beendet werden. Per Ende 2025 waren zudem 181 Vollzugsverfahren (Vorjahr: 156) pendent.

Die Jugendanwaltschaft wurde auf den Anstieg der neuen Falleingänge im Bereich der Rechtsgebiete Leib und Leben und Strafbare Handlungen gegen die öffentliche Gewalt angesprochen. Hierbei erwähnte der leitende Jugendanwalt, dass der Anstieg der Falleingänge im Mehrjahresvergleich weniger augenfällig sei. Ein Faktor, weshalb es mehr Falleingänge im Rechtsgebiet Leib und Leben gäbe, sei, dass auch im Kanton Zug der bereits schweizweit vorhandene Trend auszumachen ist, dass bei Konflikten unter Jugendlichen häufiger und schneller Gewalt angewendet würde. Diese Entwicklung werde in Zusammenarbeit mit der Zuger Polizei, Dienst Jugenddelikte, wachsam beobachtet. Im Rechtsgebiet der strafbaren Handlungen gegen die öffentliche Gewalt führte der leitende Jugendanwalt aus, dass ein Teil dieses Fallanstieges auf eine einzelne Person zurückzuführen sei. Diese Person versties im Berichtszeitraum insgesamt 16mal gegen eine durch die Jugendanwaltschaft ausgesprochen Auflage (Ungehorsam gegen eine amtliche Verfügung). In der Folge wurde sie zeitnah auch 16 Mal gebüsst.

Die Jugendanwaltschaft beurteilt die Stimmung im Team als ausgezeichnet und könne auf ein Team von qualifizierten MitarbeiterInnen zurückgreifen.

In ihrer täglichen Arbeit hat die Jugendanwaltschaft vor allem Berührungspunkte mit den Gerichten und der Polizei sowie mit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, dem Amt für Gesundheit (hauptsächlich der Suchtberatung) und der Strafanstalt Zug. Die Zusammenarbeit ist entweder durch das Gesetz (Gerichtsverfahren, Strafanstalt) oder in Zusammenarbeitspapieren geregelt (z.B. KESB; Zuger Polizei, Dienst Jugenddelikte; Suchtberatung). Die Koordination und Kooperation funktionierten mehrheitlich problemlos. Weiterhin finden mit den meisten engeren Partnern regelmässige Arbeitssitzungen statt, insbesondere mit der Dienstchefin des Dienst Jugenddelikte.

Die Berichterstattung der Staatsanwaltschaft erfolgte, wie schon in den Vorjahren, sehr zukunftsorientiert und transparent. Die Delegation der JPK konnte sich von der dynamischen, motivierten und kompetenten Führung der Staatsanwaltschaft überzeugen. Die neue Führung erschien im Rahmen der Visitation eingespielt und weist - nach dem Eindruck der JPK - den notwendigen Weitblick und das strategische Gespür auf, um die Staatsanwaltschaft erfolgreich in die Zukunft zu führen.

5. Strafgericht

Insgesamt war das Berichtsjahr 2025 für das Strafgericht erneut anspruchsvoll, wobei insbesondere die Anzahl Pendenzen per Ende Jahr auf 149 Verfahren anstieg (Vorjahr: 128). Die bereits

im Vorjahr hohe Arbeitsbelastung nahm mithin kurzer Zeit markant zu. Das Strafgericht erwähnte anlässlich der Visitation, dass sie kein Erledigungsdefizit aufweisen. Mit insgesamt 116 Verfahren hätten im Jahre 2025 mehr Fälle erledigt werden können als im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre (\emptyset der verg. fünf Jahre = 104 Verfahren). Bedauerlicherweise hätten jedoch auch die Falleingänge deutlich zugenommen. Im Jahre 2025 waren insgesamt 127 neue Anklageverfahren zu verzeichnen, was seit Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells im Jahr 2008 einen Höchstwert darstellt.

Aus der angespannten Pendenzenlast ergibt sich, dass die derzeitige Lage beim Strafgericht sehr angespannt ist. Auch im Jahr 2026 sei wiederum mit einer grossen Anzahl neuer Verfahren zu rechnen. Erschwerend kommt am Strafgericht hinzu, dass derzeit ein ordentliches Mitglied nach wie vor zumindest teilweise verhindert ist, seine Arbeit vollumfänglich wieder auszuüben. Je länger dieser Ausfall andauert, desto mehr stelle der Einsatz des ausserordentlichen Ersatzmitgliedes eine blossе Ausfallkompensation und keine eigentliche Entlastungsmassnahme dar. Um eine klare Trendumkehr zu erreichen, bräuchte es nach Ansicht des Strafgerichts und angesichts der aktuellen Entwicklung (deutlich mehr Falleingänge im Jahre 2026 als üblich) sehr weitreichende Massnahmen (z.B. nochmaliger Einsatz von a.o. Ersatzmitglied oder gar die Schaffung zusätzlicher ordentlicher Richterstellen).

Bei den Neubesetzungen von Stellen war der Fachkräftemangel auf Stufe der Gerichtsschreiber für das Strafgericht bis dato nicht spürbar. Insbesondere die Löhne im Kanton Zug sind in diesem Bereich konkurrenzfähig. Auf Stufe Administration/Sachbearbeitung war ebenfalls kein eigentlicher Fachkräftemangel spürbar, wobei sich die zugerischen Anstellungsbedingungen jedenfalls im Bereich des Lohnes nach dem Eindruck des Strafgerichts eher im durchschnittlichen Bereich bewegen dürften.

Das Arbeitsklima am Strafgericht Zug ist aufgrund der Angaben des Strafgerichts anlässlich der Visitation grundsätzlich gut: Professionell, kollegial, mit kurzen Wegen und gegenseitigem Vertrauen. Selbstredend hinterlässt auch die Pendenzensituation gewisse Spuren. Sie ist auf allen Ebenen spürbar, d.h. nicht nur bei den Mitgliedern, sondern auch bei den Gerichtsschreibenden, die Urteilsentwürfe und komplexe Rechtsfragen möglichst effizient bearbeiten, und bei der Sachbearbeitung.

Beim Kollegialgericht stieg die Gesamtanzahl der hängigen Anklageverfahren im Berichtsjahr auf insgesamt 63 Fälle an (Vorjahr 2024: 56). Im Berichtsjahr konnten insgesamt 24 Kollegialgerichtsfälle erledigt werden (Vorjahr 2024: 19). Damit entstand ein Übertrag von 39 Fällen, welche auf das aktuelle Jahr 2026 übertragen wurden (Vorjahr 2024 Übertrag: 37 Fälle). Die Anzahl der Neueingänge bei den Kollegialgerichtsfällen im Berichtsjahr stieg um über das Doppelte an (2025: 25; 2024: 11).

Beim Einzelgericht stieg die Gesamtanzahl der Strafprozesse von 135 Fällen im Jahr 2024 auf 161 Fälle im Berichtsjahr 2025. Im Berichtsjahr konnten insgesamt 66 Strafprozesse in der Zuständigkeit des Einzelgerichts erledigt werden (2024: 50 Fälle). Damit entstand ein Übertrag von 95 Fällen, welche auf das aktuelle Jahr 2026 übertragen wurden (Vorjahr 2024 Übertrag: 85 Fälle). Die Anzahl der Neueingänge bei den abgekürzten Verfahren stieg im Berichtsjahr um 7 Fälle an (2025: 23; 2024: 16).

Im Berichtsjahr gingen neun neue Verfahren wegen Covid-Kredit-Betrugs am Strafgericht ein, wovon im Berichtsjahr drei Fälle beurteilt wurden. Das Strafgericht geht weiterhin davon aus, dass diese Fälle nun regelmässig eintreffen.

Wie in den Vorjahren kam es zu vereinzelt teilweisen Einstellungen wegen Eintritts der Verfolgungsverjährung, wobei im Berichtsjahr nur in einem Fall eine integrale Einstellung erfolgte.

Im Berichtsjahr wurden – wie bereits im letzten Jahr – keine Rechtsverzögerungs- oder Rechtsverweigerungsbeschwerden erhoben.

Bereits an der Visitation für das Berichtsjahr 2024 wurde vom Strafgericht darauf hingewiesen, dass die Einhaltung der bisherigen Amtsziele (maximal zwei Jahre bei komplexeren Wirtschaftsstrafverfahren, maximal sechs Monate bei Jugendgerichtsfällen sowie maximal ein Jahr bei allen übrigen Anklageverfahren) im vorherigen Berichtsjahr 2024 nicht realistisch war und auch im Jahr 2025 nicht realistisch sein würde. Diese Prognose hat sich leider bewahrheitet. Es drängte sich für das Strafgericht daher eine Anpassung dieser Ziele an die veränderten Gegebenheiten auf. Das Strafgericht setzt sich neu folgende Zielvorgaben: maximal 6 Monate bei Jugendgerichtsfällen, maximal 2 Jahre bei Kollegialgerichtsfällen, maximal 3 Jahre bei komplexeren Wirtschaftsstrafverfahren, maximal 1.5 Jahre bei allen übrigen Anklageverfahren. Weiterhin prioritär behandelt werden insbesondere Haftfälle, Verfahren mit drohender Verjährung sowie Jugendstrafverfahren (die diesbezüglichen Zielvorgaben bleiben unverändert). Diese Anpassung erfolgte nach Aussagen des Strafgerichts und eindringlicher Betonung *contre cœur* und in der Hoffnung, dass diese angepassten Zielvorgaben mit der Schaffung weiterer Ressourcen mittelfristig wieder rückgängig gemacht werden kann.

Es ist nach den Aussagen des Strafgerichts davon auszugehen, dass die Neueingänge weiterhin hoch bleiben oder noch zunehmen werden, weshalb kurzfristig kaum mit einer Entspannung der Lage zu rechnen ist. Eine zentrale Herausforderung wird für das Strafgericht daher sein, trotz hoher Arbeitslast die Erledigungen unter Einhaltung der Amtsziele sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht weiterhin auf hohem Niveau zu erbringen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Geschäftsbetrieb am Strafgericht, trotz der herausfordernden Geschäftslast, reibungslos läuft.

6. Kantonsgericht

Die Gesamtbelastung hat im letzten Jahr – wie bereits in den Vorjahren – auf allen Ebenen konstant zugenommen. Der Gerichtsbetrieb des Kantonsgerichts beschäftigt mittlerweile rund 51 Personen, wobei rund 78 % der Mitarbeitenden Teilzeit arbeiten.

Für die juristische Tätigkeit stehen nicht genügend personelle Ressourcen (Kantonsrichter/innen und Gerichtsschreiber/innen) zur Verfügung.

Ebenfalls ist auf Stufe Sekretariat die Belastung äusserst hoch. Die erhöhte Zahl an Richterstellen sowie Teilzeitabwesenheiten führen zu einem grösseren Koordinations- und Erledigungsdruck, insbesondere bei zeitnah zu erledigenden Arbeiten. Zum anderen ist das Sekretariat seit dem 1. Januar 2025 auch für das Zwangsmassnahmengericht zuständig, was zusätzlichen Aufwand verursacht. Die vielen Neueingänge führen ebenfalls zu einem erheblichen Mehraufwand, unter anderem durch zusätzliche Arbeiten wie Fallerfassungen in der Geschäftskontrolle. Sodann hat sich die Anzahl der Konkursverfahren im Vergleich zum Vorjahr etwa verdoppelt, wobei die Hauptarbeit hierfür ebenfalls beim Sekretariat anfällt.

Auf Stufe Kanzleivorsteherin ist der Aufwand für die Bewältigung der Arbeiten konstant sehr hoch und nimmt kontinuierlich zu. Die Kanzleivorsteherin ist mittlerweile mit einem Arbeitspensum von 80 % vollumfänglich mit Aufgaben der Justizverwaltung ausgelastet, sodass kein Raum mehr für eine juristische Tätigkeit verbleibt. Dies ist einerseits auf die Betriebsgrösse, die vielen Teilzeitpensen und die damit verbundene zunehmende Anzahl von schwierigen Personalthemen (Mutterschaften, kurzfristige Personalausfälle, Neuanstellungen, Anpassungen der Arbeitspensen usw.) zurückzuführen, andererseits auf die Einbindung in bedeutende Projekte wie Justitia 4.0.

Die Arbeitsbelastung der Kantonsgerichtspräsidentin ist ebenfalls sehr hoch. Die parallele Wahrnehmung der richterlichen Tätigkeit und des Präsidiums ist sehr anspruchsvoll: Präsidiale Aufgaben haben (häufig) Priorität, da auch unvorhersehbar auftretende Probleme ein rasches Handeln erfordern.

Das Kantonsgericht erledigte unter der hohen Arbeitsbelastung im Berichtsjahr so viele Fälle wie noch nie. Trotzdem stieg die Anzahl der Pendenzen an (2025: 1'250; 2024: 975). Dieser Anstieg ist einerseits auf die (ebenfalls rekordhohe) Anzahl an Neueingängen zurückzuführen (2025: 4'532; 2024: 3'879). Dies wiederum dürfte der Zunahme der Einwohner im Kanton und der im hiesigen Handelsregister eingetragenen Gesellschaften, nicht zuletzt aber auch der Gesetzgebung (vgl. etwa Art. 98 Abs. 1 ZPO, Art. 111 Abs. 1 ZPO oder der aufgehobene Art. 43 Ziff. 1 SchKG), geschuldet sein. Ein grosser Teil des Anstiegs an Eingängen betraf zwar Konkursverfahren (2025: 1'356; 2024: 680). Diese verursachen verhältnismässig wenig Aufwand und konnten zeitnah erledigt werden, binden aber insbesondere auch administrative Ressourcen. Auch bei den angesetzten Verhandlungen und Beratungen verzeichnete das Kantonsgericht einen Höchststand (2025: 1'814; 2024: 1'150), wobei auch hier ein grosser Teil Konkursverfahren betraf (2025: 1'113; 2024: 500).

Die Zahl der Neueingänge beim Kollegialgericht des Kantonsgerichts belief sich im Jahr 2025 auf 170 (Vorjahr 2024: 191). Dieser Rückgang ist mutmasslich unter anderem darauf zurückzuführen, dass aufgrund einer Änderung der Zivilprozessordnung streitige Ehescheidungen neu vom Einzelgericht im vereinfachten Verfahren statt vom Kollegialgericht geführt werden. Im Berichtsjahr 2025 gingen insgesamt 70 streitige Scheidungen ein, wobei diese im Berichtsvorjahr noch zu den Kollegialgerichtsfällen gezählt haben. In der Berichtsperiode konnten beim Kantonsgericht 191 Kollegialgerichtsfälle erledigt werden (Vorjahr 2024: 166), wobei die gesamte Pendenzenlast bei den Kollegialgerichtsfällen per Ende 2025 bei 439 Fällen war (Vorjahr 2024: 435). In den Einzelrichterverfahren im vereinfachten und im ordentlichen Verfahren beim Kantonsgericht betrug die Zahl der Neueingänge im Berichtsjahr 500 (Vorjahr 2024: 398). In der Einzelrichterkompetenz konnten 442 Fälle (Vorjahr 2024: 383) erledigt werden, wobei schlussendlich bei den Einzelgerichtsfällen eine Pendenzenlast per Ende Berichtsjahr von 693 Fällen bestand (Vorjahr 2024: 576). Bei den Verfügungen im Bereich der Konkurse gab es eine signifikante Steigerung der Falleingänge. Im Berichtsjahr gingen hierbei 1'354 Neueingänge ein (2024: 680; 2023: 512). Damit haben sich die Neueingänge im Bereich des Konkurswesens mehr als verdoppelt. Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf eine Gesetzesänderung zurückzuführen. Das Kantonsgericht ging anlässlich der Visitation davon aus, dass die Fallneueingänge im Bereich der Konkurse weiter ansteigen wird. Das Kantonsgericht hat anlässlich der Visitation Ende Mai 2026 mitgeteilt, dass eine Hochrechnung der Fallzahlen für das Jahr 2026 noch mehr Fälle als im Jahr 2025 ergeben habe.

Das personell und organisatorisch neu aufgestellte Zwangsmassnahmengericht hat per 1. Januar 2025 seine Tätigkeit aufgenommen. Das "neue" Zwangsmassnahmengericht ist gut in sein erstes Amtsjahr gestartet, dies u.a. auch dank der vorausschauenden Planung und des grossen Einsatzes der geschäftsleitenden Zwangsmassnahmenrichterin. Der vor allem bei ihrer Funktion entstandene Initialaufwand war Hoch. Im Berichtsjahr gingen beim Zwangsmassnahmengericht 122 Verfahren ein. Dies sind deutlich weniger als in den zwei Vorjahren (2024: 142 Fälle; 2023: 138 Fälle). Der Wert liegt aber immer noch etwas über dem langjährigen Durchschnitt. Die Zahl der eingegangenen Entsiegelungsfälle liegt mit 10 ebenfalls auffallend tiefer als in den vergangenen zwei Jahren (2024: 24 Fälle; 2023: 23 Fälle). Erledigt werden konnten 117 Fälle (2024: 143 Fälle; 2023: 138 Fälle). Nachdem die Erledigungszahlen mit den Eingängen praktisch Schritt halten konnten, sind per Ende 2025 nur 5 Fälle anhängig geblieben, worunter 4 Entsiegelungsverfahren, deren Erledigung sich regelmässig über längere Zeit hinwegziehen kann.

Das Zwangsmassnahmengericht funktioniert heute dank der engagierten Arbeit aller drei Zwangsmassnahmenrichterinnen grösstenteils einwandfrei. Alle eingehenden Fälle konnten zeitgerecht bearbeitet werden. Einzig mit Bezug auf die Stellvertretungs- und Pikettregelung besteht eine gewisse Schwachstelle. Der Hauptgrund liegt darin, dass alle drei Zwangsmassnahmenrichterinnen in einem Teilzeitpensum arbeiten, daneben auch in ihrem Grundpensum als Kantonsrichterinnen stark gefordert sind und ihnen zudem keine zusätzlichen personellen Ressourcen (flexibel einsetzbare Kapazitäten an Gerichtschreiberinnen/Gerichtsschreibern) zur Verfügung stehen. Der entsprechende Handlungsbedarf wurde vom Obergericht erkannt.

Bei den Kollegialgerichtsfällen haben sich die Fälle mit einer Prozessdauer von über 36 Monaten von 16 (im Jahr 2024) auf 17 (im Berichtsjahr 2027) um einen Fall leicht gesteigert. Die Verfahrensdauer hat sich wegen verschiedener Faktoren über die Jahre hinweg verlängert: Die Internationalität der Fälle, der Einfluss KI-produzierter Rechtsschriften, die Zunahme elektronischer Eingaben sowie ganz allgemein die Komplexität der Fälle.

Das Kantonsgericht erledigte im Jahr 2026 so viele Fälle wie noch nie. Trotzdem stieg die Anzahl der Pendenzen an. Das für 2025 gesetzte Ziel, den Pendenzenstand wieder auf den Durchschnitt der Vorjahre zu senken, konnte nicht erreicht werden. Grund dafür waren die massiven Neueingänge im Jahr 2025, welche den zusätzlichen Erledigungsaufwand deutlich überstiegen. Demgegenüber konnte das ebenfalls für 2025 definierte Ziel, Abteilungsfälle, die älter als zwei Jahre sind, prioritär zu behandeln, umgesetzt werden. Trotz speditiver und effizienter Arbeitserledigung kam es im vergangenen Jahr zu einigen längeren Bearbeitungslücken.

Die Büroinfrastruktur ist für das Kantonsgericht sowie auch für das sich im gleichen Gebäude befindlichen Strafgericht über das Ganze gesehen nicht befriedigend. Insgesamt ist die Infrastruktur am Kantons- und Strafgericht nicht mit dem Personalbestand gewachsen. Auch das Strafgericht hat anlässlich der Visitation diese Thematik aufgegriffen und deckungsgleich von ergriffenen Massnahmen im Bereich der Infrastruktur gesprochen. Das Kantons- und Strafgericht geht hier davon aus, dass die Räumlichkeiten maximal für ein bis zwei weitere Jahre ausreichen wird.

Die Delegation der JPK konnte sich anlässlich der Visitation von einer ordnungsgemäss funktionierenden erstinstanzlichen Zivilrechtspflege überzeugen.

7. Friedensrichterämter Oberägeri, Neuheim und Menzingen

Im Friedensrichteramt Neuheim gingen im Berichtsjahr 2025 total 4 Fälle neu ein (2024: 14) und es konnten insgesamt 5 Fälle (Vorjahr 2024: 10) erledigt werden. Schlussendlich hatte das Friedensrichteramt Neuheim per Ende 2025 noch eine Pendenzenlast von 3 Fällen (Vorjahr 2024: 4). Das Friedensrichteramt Neuheim ist gemessen an den Falleingängen mitunter das kleinste Amt.

Im Friedensrichteramt Menzingen gingen im Berichtsjahr 2025 total 11 Fälle neu ein (Vorjahr 2024: 4) und es konnten insgesamt 6 Fälle (Vorjahr 2024: 25) erledigt werden. Schlussendlich hatte das Friedensrichteramt Menzingen per Ende 2025 noch eine Pendenzenlast von 5 Fällen (Vorjahr 2024: 0). Das Friedensrichteramt Menzingen ist gemessen an den Falleingängen mitunter eines der fünf kleinsten Friedensrichterämter.

Im Friedensrichteramt Oberägeri gingen im Berichtsjahr 2025 total 24 Fälle neu ein (Vorjahr 2024: 26) und es konnten insgesamt 29 Fälle (Vorjahr 2024: 5) erledigt werden. Schlussendlich hatte das Friedensrichteramt Menzingen per Ende 2025 noch eine Pendenzenlast von 5 Fällen (Vorjahr 2024: 10).

Bei beiden visitierten Friedensrichterämtern werden die Fälle jeweils zwischen Friedensrichter und Stellvertreter/in hälftig aufgeteilt, was bei beiden Friedensrichterämtern problemlos im Rahmen ihrer internen Organisation funktioniert.

In Neuheim konnten im Berichtsjahr 2 Fälle mittels Vergleich, Anerkennung oder Rückzug erledigt werden, bei 3 der erledigten Fälle gab es eine Klagebewilligung und in keinem der Fälle wurde ein Urteilsvorschlag unterbreitet.

In Menzingen konnten im Berichtsjahr 2 Fälle mittels Vergleich, Anerkennung oder Rückzug erledigt werden, bei 3 der erledigten Fällen gab es eine Klagebewilligung und in einem Fall wurde ein Entscheid nach Art. 212 ZPO gefällt.

In Oberägeri konnten im Berichtsjahr 15 Fälle mittels Vergleich, Anerkennung oder Rückzug erledigt werden, bei 12 der erledigten Fälle gab es eine Klagebewilligung und in vier Fällen wurde ein Urteilsvorschlag nach Art. 210 ZPO unterbreitet (wovon 2 angenommen wurden).

Alle visitierten Friedensrichterämter haben betont, wie sinnstiftend ihre Aufgabe und Tätigkeit ist. Die visitierten drei Friedensrichterämter teilten mit, dass die Anpassung der Fallpauschalen auf Anfang 2025 grundsätzlich begrüssenswert war. Insgesamt sei die Entschädigung jedoch gemessen am Aufwand sehr tief. Die Motivation für das Amt als Friedensrichter dürfe man nicht in der Entlohnung sehen. Die Friedensrichterämter betonten, dass der administrative Aufwand pro Schlichtungsfall sehr hoch ist. Alle Friedensrichterämter gaben an, dass der administrative Aufwand mit über 80 % des Gesamtaufwandes bemessen sei.

Weiter teilten alle drei visitierten Friedensrichterämter mit, dass es an einer Fallbearbeitungssoftware fehle. Jedes Amt habe seine Vorlagen und die meisten arbeiten mit Excellisten und Word-Vorlagen. Die Friedensrichterämter würden die Einführung einer kantonalen einheitlichen Fallbearbeitungssoftware sehr begrüßen. Das würde mutmasslich auch den administrativen Aufwand verringern und zu einer Professionalisierung führen.

Insgesamt betonten beide visitierten Friedensrichterämter, dass sie - wenn nötig - immer auf die fachliche Unterstützung des Obergerichts zählen können, was von ihnen sehr geschätzt wird. Der entsprechende Mitarbeiter des Obergerichts, welcher für die Betreuung der Friedensrichterämter zuständig ist, wurde von allen visitierten Ämtern gelobt. Das Obergericht organisiert eine jährliche Weiterbildung, wobei hierbei der Austausch mit dem Obergericht und den anderen Friedensrichtern ermöglicht wird.

Die Anzahl der durch Vergleich, Entscheidvorschlag oder Entscheid erledigten Fälle verdeutlicht einmal mehr den wesentlichen und wertvollen Beitrag der Friedensrichterämter zur Wahrung des Rechtsfriedens und zur Entlastung der Zivilgerichte.

8. Konkursamt

Beim Konkursamt gingen im Berichtsjahr 1'030 neue Fälle ein, was gegenüber dem Vorjahr (822) erneut einen markanten Zuwachs bedeutet. Davon entfielen 401 (Vorjahr: 418) Verfahren auf die Liquidation nach den Vorschriften über den Konkurs i.S.v. Art. 939 OR i.V.m. 731b OR (Organisationsmängel). Die Konkurseröffnungen nach vorgängiger Betreibung nahmen von 174 auf 436 zu. Im Vergleich zum Vorjahr stieg im Berichtsjahr die Zahl der Erledigungen geringfügig auf 862 (Vorjahr: 856) an, nachdem sie im Vorjahr gegenüber dem Jahr 2023 erheblich zugenommen hatte. Von den erledigten Verfahren entfielen 621 (Vorjahr: 674) auf Einstellungen mangels Aktiven.

Die Zahl der durchgeführten Konkursverfahren erhöhte sich im Berichtsjahr auf 182 (2024: 153; 2023: 128; 2022: 101) und liegt nun rund 80 % über dem Stand von 2022. Die Zahl der im Beschwerdeverfahren aufgehobenen Konkurse verdoppelte sich von 27 auf 55. Im Berichtsjahr waren 4 Konkurswiderrufe zu verzeichnen (Vorjahr: 2). Da die Zahl der Erledigungen mit den Neueingängen nicht Schritt zu halten vermochte, stieg die Pendenzenzahl auf 1'101 an (2024: 933; 2023: 967; 2022: 826). Der Anstieg der Pendenzen ist, wie gezeigt, primär mit den erhöhten Eingangszahlen zu erklären. Diese wiederum sind in erster Linie auf eine Gesetzesänderung zurückzuführen.

Im Berichtsjahr konnten beim Konkursamt insgesamt 856 Verfahren erledigt werden (Vorjahr 2023: 558). Am Ende des Berichtsjahres war eine Pendenzenlast von total 1'789 Konkursverfahren zu verzeichnen (Vorjahr 2023: 1'525).

Im Berichtsjahr standen dem Konkursamt 15.70 Personalstellen zur Verfügung. Aktuell verfügt es über 27.70 Personaleinheiten. Mit dem Budget 2025 wurden dem Konkursamt aufgrund von Änderungen von Bundesgesetzen 12 zusätzliche Stellen bewilligt. Davon sind 3 noch unbesetzt (Konkurssachbearbeitende). Die Ausschreibung für diese Stellen läuft aktuell.

Bei den Stellenbesetzungen ist der Fachkräftemangel für das Konkursamt spürbar, insbesondere bei den Juristinnen und Juristen sowie bei den Konkursachbearbeitenden. Konkursachbearbeiterinnen und Konkursachbearbeiter mit entsprechender Erfahrung lassen sich hingegen seit jeher kaum finden. Daher ist es das Konkursamt gewohnt, Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger einzustellen und intern in die Funktion einzuarbeiten. In diesem Bereich bleibt jedoch die Lohneinreihung ein zentrales Thema. Wir stehen diesbezüglich in engem Austausch mit dem Personalamt. Das Problem besteht weiterhin darin, dass wir aufgrund der fehlenden SchKG-spezifischen Berufserfahrung – unseres Erachtens berechnete – Lohnforderungen nicht erfüllen können.

Das Konkursamt berichtete anlässlich der Visitation davon, dass schweizweit Personal bei Konkursämtern gesucht werden, da die Gesetzesänderung schweizweit einen Anstieg der Fälle bewirkt habe. Aktuell besteht beim Konkursamt die Situation, dass andere Konkursämter versuchen, aktiv ihre Mitarbeitenden abzuwerben.

Das Arbeitsklima im Amt ist grundsätzlich gut. Gleichwohl bestehen derzeit aus Sicht des Konkursamtes zwei wesentliche Belastungsfaktoren, die sich auf die Stimmung auswirken: Zum einen die sehr hohe Anzahl an Konkurseingängen, die zu einem stark gestiegenen Arbeitsvolumen geführt hat. Zum anderen besteht eine gewisse Unsicherheit im Hinblick auf die erwartete weitere Zunahme der Konkurseröffnungen im Zusammenhang mit Organisationsmängelverfahren aufgrund der angekündigten Meldungen der Steuerbehörden an das Handelsregisteramt.

Vor dem Hintergrund der Falleingänge stellt die Bewältigung der steigenden Fallzahlen bei gleichbleibenden personellen Ressourcen die zentrale Herausforderung des Konkursamtes dar. Während es bei stabilen Eingängen grundsätzlich möglich wäre, die Pendenzen beim Konkursamt zu reduzieren, ist aufgrund der zusätzlichen Verfahren mittelfristig vielmehr mit einem weiteren Anstieg der Pendenzen zu rechnen.

Die Inspektion des Obergerichts ist aus Sicht des Konkursamtes sehr gut verlaufen. Es wurden keine wesentlichen Beanstandungen festgestellt. Das Konkursamt wird sowohl in organisatorischer als auch in fachlicher Hinsicht als gut funktionierend beurteilt, und die Arbeit der Mitarbeitenden sowie der Amtsleitung wurde ausdrücklich gewürdigt.

Die Delegation der erw. JPK konnte anlässlich der Visitation des Konkursamtes einen engagierten und transparenten Eindruck in das Konkursamt gewinnen.

9. Betreibungsämter Menzingen/Neuheim und Ägerital

Beim Betreibungsamt Ägerital (Einwohnergemeinde Unter- und Oberägeri) wurden im Berichtsjahr 2'248 Zahlungsbefehle ausgestellt (Vorjahr 2024: 2'456). Die Zahl der ausgestellten Konkursandrohungen stieg im Ägerital von 51 im Jahr 2024 auf 89 im Berichtsjahr 2025 an. Im Ägerital gab es im Berichtsjahr 1 Arrest (Vorjahr 2024: 2). Das Total der Verlustscheinsumme betrug im Berichtsjahr 1'525'493 (Vorjahr 2024: 1'869'041).

Das Betreibungsamt Menzingen/Neuheim berichtete insgesamt davon, dass der Betreibungsbeamte im Verlauf des Jahres 2027 in Pension gehen wird und eine entsprechende Nachfolgelösung zeitnah gesucht werden müsse. Die Kompetenz dafür liege jedoch beim Gemeinderat.

Die visitierten Betreibungsämter berichteten davon, dass das Sportelsystem ihrer Ansicht nach fair und sinnvoll sei.

Beide Betreibungsämter berichteten zudem davon, dass die Nutzung von eSchKG durch Gläubiger zunehmend genutzt wird. Der Eingang über eSchKG erleichtert die Arbeit der Betreibungsämter enorm.

Die Delegation der erw. JPK konnte anlässlich der Visitation der beiden Betreibungsämter einen beeindruckend engagierten und sachlichen Eindruck der beiden Betreibungsämter gewinnen. Hierbei ist den Betreibungsämtern insbesondere ihren Dank für Ihre professionelle Arbeit in einem höchst anspruchsvollen Bereich auszusprechen.

10. Obergericht

Die Anzahl der Neueingänge in der I. Zivilabteilung des Obergerichts sind im Berichtsjahr auf 48 Fälle angestiegen (Vorjahr 2024: 31). Die Neueingänge sind in dieser Abteilung seit Jahren aus unerklärlichen Gründen relativ starken Schwankungen unterworfen. In der II. Zivilabteilung nahm die Anzahl der Neueingänge im Vergleich zum Vorjahr leicht ab (2025: 69; 2024: 80; 2023: 81; 2022: 88; 2021: 57). Die Pendenzen waren per Stichtag 31.12.2025 in der II. Zivilabteilung bei 18 Fällen (Vorjahr 2024: 11).

Die I. Strafabteilung verzeichnete im Berichtsjahr 18 Neueingänge. Insgesamt wurden in der I. Strafabteilung total 26 Verfahren (Vorjahr 2024: 24) erledigt, wovon 14 Fälle auf das Jahr 2026 übertragen werden.

Die II. Strafabteilung verzeichnete im Berichtsjahr 20 Neueingänge. Insgesamt wurden in der II. Strafabteilung total 14 Verfahren (Vorjahr 2024: 29) erledigt, wovon 10 Fälle auf das Jahr 2026 übertragen werden.

In der Beschwerdeabteilung für Strafsachen gingen 107 (Vorjahr 2024: 123) Neueingänge ein.

In der II. Beschwerdeabteilung (Beschwerden in Zivilsachen und nach SchKG) gingen signifikant mehr Fälle ein. Im Berichtsjahr wie in den Vorjahren (2025: 230; 2024: 151; 2023: 121; 2022: 131). Zwar konnten mit 181 Verfahren auch deutlich mehr Fälle erledigt werden als im Vorjahr

(136). Dennoch lag Ende 2025 der Pendenzenstand mit 81 Verfahren gegenüber 32 im Vorjahr spürbar höher. Ein grosser Teil der erledigten Verfahren betraf Beschwerden gegen provisorische und definitive Rechtsöffnungen (37) sowie gegen Konkursöffnungen (90); in 8 Verfahren war die Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege strittig und in 10 Fällen wurden prozessleitende Entscheide unterschiedlicher Art angefochten. Die Beschwerden wurden in 55 Fällen ganz oder teilweise gutgeheissen. Dazu ist anzumerken, dass rund 80 % der gutgeheissenen Beschwerden Konkursöffnungsverfahren betrafen, in denen die Beschwerdeführer die Voraussetzungen zur Gutheissung durch Zahlung der offenen Beträge erst im Laufe des Beschwerdeverfahrens geschaffen haben und die Gutheissung demzufolge nicht auf eine unrichtige Rechtsanwendung der Vorinstanz zurückzuführen ist.

Die Arbeitsbelastung der Richterinnen und Richter sowie Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber des Obergerichts ist im Gegensatz zu den Vorjahren gestiegen, aber gemäss den Aussagen des Obergerichts noch bewältigbar. Die Belastung ist im wesentlichen Masse auch abhängig von den Falleingängen und unterliegt folglich gewissen Schwankungen. Weiterhin wurde und wird beim Obergericht durch bewährte Ausgleichungen zwischen den Abteilungen sichergestellt, dass alle Juristinnen und Juristen mehr oder weniger gleich belastet sind.

Bei den Mitarbeitenden des Sekretariats ist die Arbeitsbelastung – vor allem aufgrund der starken Fallzunahmen im Massengeschäft der II. Beschwerdeabteilung – derart angestiegen, dass erneut über das Aushilfsbudget partielle Pensenerhöhungen notwendig wurden. Längerfristig ist die Arbeitslast im Sekretariat mit den aktuell besetzten 2,9 Personaleinheiten (PE) nicht mehr zu bewältigen. Daher wird dem Kantonsrat für das Budgetjahr 2027 eine Erhöhung der Kapazitäten im Sekretariatsbereich um 0,7 PE beantragt.

Das Arbeitsklima ist weiterhin auf allen Stufen und in allen Bereichen sehr gut.

Für das Plenum des Obergerichts verlief das Berichtsjahr eher ruhig. Indessen galt es die Organisation und Abläufe an die erstmals geschaffenen gerichtlichen Teilzeitpensen anzupassen. Die Führung einer Abteilung bei einem obersten kantonalen Gericht unter gleichzeitiger Mitarbeit in einer weiteren Abteilung hat sich für das Teilamt der II. Beschwerdeabteilung als sehr herausfordernd erwiesen. Dank höchster Flexibilität der anderen Gerichtsmitglieder sowie einem hervorragenden, vertrauensbasierten Arbeitsklima konnten dennoch in allen Bereichen sachgerechte Lösungen gefunden werden. Das Plenum hat überdies sowohl die Verordnung über die Kosten in der Zivil- und Strafrechtspflege als auch die Verordnung über den Anwaltstarif sachgerecht der heutigen Zeit angepasst.

Im Berichtsjahr 2025 wurde keine Beschwerde wegen Rechtsverzögerung gegen das Obergericht erhoben.

Erfreulicherweise gab es im Berichtsjahr keine direkten Drohungen gegen das Obergericht oder die einzelnen Mitglieder. Indessen gab und gibt es beim Obergericht weiterhin Personen, welche sich in spezieller, abschätziger Weise an die Behörden wenden. Nebst den Beschwerdeabteilungen sind davon vor allem die Mitarbeitenden der Gerichtskasse betroffen.

Bei den künftigen Herausforderungen wurden vor allem das Digitalisierungsprojekt Justitia 4.0 erwähnt. Hierbei arbeiteten vor allem die Generalsekretärin des Obergerichts und der Informatikbeauftragte des Obergerichts weiterhin engagiert und hochmotiviert im kantonalen Projekt Justitia4ZG der Finanzdirektion mit. Mit dem kantonalen Projektleiter kann erfreut festgestellt werden, dass das Jahr 2025 infolge gewisser Veränderungen und Umbrüche im Projekt zwar herausfordernd war, aber dennoch ein erfolgreicher Aufbruch in die eigentliche Wertschöpfungsphase des Projekts begonnen hat.

Die Berichterstattung des Obergerichts erfolgte wie schon in den Jahren zuvor detailliert und transparent. Die höchstrichterliche Rechtsprechung im Zivil- und Strafrecht im Kanton funktioniert der Wahrnehmung der erw. JPK nach einwandfrei und effizient. Bei Geschäften, in denen eine Zusammenarbeit der JPK und des Obergerichts erforderlich ist, funktioniert der Austausch und die Zusammenarbeit reibungslos, respektvoll und sachlich. Der Obergerichtspräsident und sämtliche Mitglieder des Obergerichts leisten einen wertvollen Dienst und es ist ihnen für diese herausfordernde Aufgabe weiterhin viel Erfolg, Ausdauervermögen und Freude zu wünschen.

11. Amt für Justizvollzug

Die Arbeitsbelastung beim Vollzugs- und Bewährungsdienst (VBD) und bei der Strafanstalt ist in beiden Abteilungen weitgehend unverändert. Zwar wurden zusätzliche Ressourcen bereitgestellt, jedoch ist festzuhalten, dass die Belegungszahlen in der Strafanstalt weiter gestiegen sind. Dies wirkt sich erwartungsgemäss auf die Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden aus.

Der Vollzugs- und Bewährungsdienst (VBD) ist erst ab dem Monat April 2026 vollständig besetzt, weshalb erst im Laufe des aktuellen Jahres Rückschlüsse auf eine mögliche Verbesserung der Arbeitsbelastung gezogen werden können.

Im Berichtsjahr konnte im VBP die vakante Abteilungsleitung mit Frau Tanja Zangger neu besetzt werden. Für die Einarbeitung wurde ein detaillierter Plan erstellt. In diesem Rahmen wurden unter anderem zentrale Arbeitspartnerinnen und -partner gemeinsam mit dem Amtsleiter besucht. Der Einarbeitungsprozess verlief reibungslos. Frau Tanja Zangger hat ihre Probezeit bereits erfolgreich bestanden und sich dank ihres fundierten Know-hows rasch in ihre Funktion als Leiterin des VBD sowie als Stellvertreterin der Amtsleitung eingearbeitet. Sie übernahm früh Verantwortung, führt die Abteilung strukturiert und umsichtig und unterstützt das Team souverän im Tagesgeschäft. Bereits in der Anfangsphase verschaffte sie sich einen fundierten Überblick über die Organisation und die Abteilung und leitete erste Entwicklungsschritte ein.

Im Bericht schildert das Amt eine hohe Belegungsrate im Bereich der Untersuchungs- und Sicherheitshaftabteilung von 136 %. In diesem Zusammenhang wird im Jahr 2026 eine Machbarkeitsstudie zur Erweiterung der Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie der Eintrittsabteilung beziehungsweise der vorläufigen Festnahme durchgeführt. Ziel ist es, die verschiedenen Optionen umfassend zu beleuchten, um eine fundierte Grundlage für zukünftige Entscheidungen zu schaffen und die langfristige Tragfähigkeit der Anstalt sicherzustellen. Bislang haben bereits eine Sitzung im Hochbauamt sowie eine Begehung der Strafanstalt stattgefunden. In einem nächsten Schritt erfolgt die Auswahl einer geeigneten Architektin beziehungsweise eines geeigneten Architekten. Die Machbarkeitsstudie soll bis Ende des Jahres 2026 vorliegen.

Trotz der hohen Arbeitsbelastung, die regelmässig zu anspruchsvollen Situationen führt, bleibt ein positiver Teamgeist erhalten. Ein wertschätzender Umgang sowie eine gewisse Leichtigkeit im Arbeitsalltag tragen wesentlich dazu bei, ein konstruktives und angenehmes Arbeitsklima zu bewahren. Die gegenseitige Unterstützung innerhalb des Teams nimmt dabei eine zentrale Rolle ein und ermöglicht es, auch in herausfordernden Phasen ein funktionierendes und kollegiales Miteinander aufrechtzuerhalten. Besonders positiv wird zudem wahrgenommen, dass sich die Mitarbeitenden aktiv in die Überprüfung von Prozessen sowie in Erneuerungen einbringen. Dieses Mitwirken wird geschätzt und stärkt die Identifikation mit dem Amt. Der ausgeprägte Zusammenhalt ist klar erkennbar und stellt einen wesentlichen Erfolgsfaktor für das gute Funktionieren des Amtes dar.

Beim Vollzugs- und Bewährungsdienst gab es im Berichtsjahr 1 (Vorjahr 4) Electronic Monitoring Vollzug. Insgesamt bestehen hierbei nur wenige Fälle.

Die Zahl der Disziplinar massnahmen in der Strafanstalt hat sich gemäss Bericht von 24 im Jahr 2024 auf 29 im Berichtsjahr gesteigert. Die Anzahl der Disziplinar massnahmen bewegt sich somit weiterhin auf einem tiefen Niveau; die leichte Zunahme ist als nicht wesentlich einzustufen. Vereinzelt traten wiederum anspruchsvolle Fälle auf, bei denen mehrere Disziplinar massnahmen erforderlich waren. Wie bereits im letzten Berichtsjahr erwähnt, wird verstärkt auf eine professionelle Beziehungsgestaltung sowie auf eine intensivere und zeitaufwendigere Betreuung gesetzt.

Die Zusammenarbeit mit anderen Justiz- und Verwaltungsstellen und Arbeitspartnern verlief durchwegs konstruktiv und äusserst professionell. Konflikte traten keine auf, sodass eine effiziente und reibungslose Kooperation gewährleistet war.

Dem Amt für Justizvollzug und seinem ganzen Team ist an dieser Stelle ein grosser Dank auszusprechen. Die neue Amtsleitung hat sich etabliert und die JPK konnte sich einen überaus positiven, engagierten und proaktiven Eindruck verschaffen.

12. Antrag

Die Justizprüfungskommission beantragt Ihnen einstimmig mit 12 zu 0 Stimmen,

- den Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2025 zu genehmigen;
- den Richterinnen und Richtern, den Behördenmitgliedern sowie allen Mitarbeitenden der Zivil- und Strafrechtspflege und des Amtes für Justizvollzug den besten Dank für die geleistete Arbeit und den engagierten Einsatz auszusprechen.

Zug, 3. Juni 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Namen der erweiterten Justizprüfungskommission

Der Präsident: Thomas Werner